

Ohne ApothekeR fehlt auch der SPD was! - Bericht über unser Gespräch

Author : ApothekeR

Date : 25/11/2016

Eigentlich hatte es ein Gespräch über die Irrungen und Wirrungen im Apotheken-Alltag durch zu viel Bürokratie, mangelhafte Vergütungsanpassung und vor allem die wiederholten Eingriffe seitens der Retaxationsstellen der Krankenkassen werden sollen, zu dem sich Apotheker Thomas Brongkoll aus Steinfurt und MdB Ulrich Hampel (SPD) aus Dülmen bereits im Sommer verabredet hatten. Seitdem ist jedoch viel passiert und so stand beim heutigen Treffen natürlich die jüngste Entscheidung des EuGHs und die Auswirkungen auf die Situation der deutschen Apotheken und der Gesundheitsversorgung im Mittelpunkt.

Beide Initiatoren hatten sich dazu weitere Apothekenexperten mitgebracht und so nahmen an dem gut einstündigen Gespräch im Jakob-Kaiser-Haus des Berliner Bundestages auch die Apothekenleiter Dr. Kerstin Kemnitz (Berlin), Gunnar Müller (Fraktion BasisApotheker, Kammerversammlung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe) und Christiane Patzelt (Leegebruch) sowie die Ärztin und MdB Sabine Dittmar, Mitglied des Gesundheitsausschusses und Berichterstatterin Apotheken der SPD, teil.

Bei so viel Fachexpertise waren sich die Beteiligten schnell darüber einig, dass die Struktur der wohnortnahen deutschen Apotheken mit ihren vielfältigen fachlichen wie gemeinwohl-orientierten Aufgaben als integraler Bestandteil des täglichen Lebens in und an den Wohnorten der Bevölkerung erhalten bleiben muss, denn ohne Apotheker fehlt sonst was!

Es gelte daher, die im Rahmen der Umsetzung des EuGH-Urteils anstehenden Entscheidungen möglichst zügig zu treffen, um negative Folgen in Form eines ruinösen Preiswettbewerbes nicht nur für die deutschen wohnortnahen Apotheken abzuwenden, sondern vor allem auch das auf einem einheitlichen Preissystem aufbauende solidarische Krankenversicherungssystem und die damit verbundene gute, schnelle und zuverlässige Arzneimittelversorgung der Bevölkerung zu sichern. Dazu werden derzeit verschiedene Möglichkeiten intensiv diskutiert, um dieses Ziel rechtssicher erreichen zu können.

Die ebenfalls heute vom Bundesrat empfohlene Beschränkung des Versandhandels auf apothekenpflichtige Arzneimittel ist dabei eine Möglichkeit, deren Umsetzung jedoch durch das europäische Notifizierungsverfahren zumindest in dieser Legislaturperiode fragwürdig erscheinen muss. Durchaus erfolgversprechender, zielgerichteter und möglicherweise auch schneller umsetzbar ist die Verankerung von Bestimmungen des Heilmittelwerbegesetzes im Sozialgesetzbuch. Beide Handlungsoptionen würden derzeit genauesten von Juristen auf ihre

„Machbarkeit“ geprüft.

Das Gespräch war geprägt von hohem Sachverstand und großer Empathie für die derzeitige Situation der deutschen Apothekerschaft und die möglichen Auswirkungen des EuGH-Urteils auf die gesamte Arzneimittelversorgung. Wir fühlten uns als Betroffene ernst genommen und haben den Eindruck gewonnen, dass sich mit Ulrich Hampel und Sabine Dittmar zwei Politiker für die Probleme ihrer Bürger Zeit nehmen und für eine sachgerechte Lösung einsetzen. Mehr derartiges Engagement von Politikern und Bürgern wünschen sich Christiane, Gunnar, Kerstin und Thomas, denn nicht nur ohne Apotheker fehlt uns was!